

Kommissionsdrucksache

(20.11.2012)

Inhalt

hier: - **Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen
in Europa – Wohnen im Alter in Europa – Aktuelle
Entwicklungen und Herausforderungen**



Beobachtungsstelle für
gesellschaftspolitische
Entwicklungen in Europa

Sabrina Stula

Wohnen im Alter in Europa - Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen

Arbeitspapier Nr. 7 der Beobachtungsstelle für
gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa

Juni 2012



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.



Gemeinnütziger e. V.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
Michaelkirchstraße 17/18
D-10179 Berlin
Tel.: +49 30-62980-0
Fax: +49 30-62980-140
Internet: <http://www.deutscher-verein.de>

Diese Publikation ist eine gemeinsame Veröffentlichung der „Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa“ mit Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Die Publikation gibt nicht ohne Weiteres die Auffassung der Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt dem Herausgeber bzw. dem/der jeweiligen Autor/in.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Die Beobachtungsstelle ist ein Projekt, das aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), D-11018 Berlin, gefördert wird.

Die Website der Beobachtungsstelle: <http://www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu>.

Träger der Beobachtungsstelle:

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
Michaelkirchstraße 17/18
D-10179 Berlin
Tel.: +49 30-62980-0
Fax: +49 30-62980-140
Internet: <http://www.deutscher-verein.de>

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
Hausanschrift: Zeilweg 42, D-60439 Frankfurt a. M.
Postanschrift: Postfach 50 01 51, D-60391 Frankfurt a. M.
Tel.: +49 (0)69 - 95 78 9-0
Fax: +49 (0)69 - 95 789 190
Internet: <http://www.iss-ffm.de>

Autorin/Autor

Sabrina Stula (stula@deutscher-verein.de)

Graphische Gestaltung:

www.avitamin.de

Auflage:

Diese Veröffentlichung ist nur als PDF unter <http://www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu> verfügbar.

Erscheinungsdatum:

Juni 2012

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	2
2	Wohnsituation älterer Menschen in der EU.....	4
3	Europäische Bezüge und Projekte	7
3.1	Europäische Bezüge	7
3.2	Europäische Projekte und Netzwerke.....	8
4	Ansätze aus ausgewählten Mitgliedsstaaten	12
4.1	Niederlande.....	12
4.2	Dänemark	14
4.3	Vereinigtes Königreich	16
4.4	Frankreich.....	18
4.5	Finnland	20
5	Fazit	23
6	Literaturverzeichnis	25



1 Ausgangslage

Die Staaten Europas stehen vor großen Herausforderungen, denn die Bevölkerungsstruktur der EU wandelt sich. Die niedrigen Geburtenraten der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart (TFR¹ von 1,6 im Jahr 2008) gehen einher mit einer steigenden Lebenserwartung der Europäerinnen und Europäer (82,4 Jahre für Frauen; 76,4 Jahre für Männer im Jahr 2008²). Derzeit sind 17,4 Prozent aller Europäer 65 Jahre und älter. Im Jahr 2020 wird der Anteil der über 65-Jährigen auf 28 Prozent ansteigen (COM 2011). In den europäischen Mitgliedsstaaten steht damit eine wachsende Zahl älterer – v.a. hochaltriger – Menschen einer rückläufigen Zahl Jüngerer gegenüber, die zur Versorgung der Älteren in geringerem Ausmaß zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, dass die Zahl von älteren Alleinstehenden und Ein-Personen-Haushalten zunehmen wird – ebenso wie die Anzahl älterer Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Behinderung.

Diese Prozesse verändern den Wohnungsmarkt und machen die Entwicklung neuer Wohnformen nötig. Denn der Großteil der älteren Menschen möchte im vertrauten Wohnumfeld bleiben und möglichst selbstbestimmt leben – auch dann, wenn sie Hilfe und Pflege benötigen. Da ältere Menschen mit zunehmendem Alter und gesundheitlichen Einschränkungen viel Zeit in ihrer Wohnung verbringen, ist die Alterstauglichkeit (Lage, Ausstattung) des Wohnens und altersgerechte Gestaltung des Wohnumfelds zentral für den Erhalt selbstständiger Lebensführung und der Lebensqualität.

Der Mangel an altersgerechtem und angepasstem Wohnraum stellt Wirtschaft und Politik derzeit vor große Herausforderungen. Nach aktuellen Berechnungen fehlen kurzfristig deutschlandweit 2,5 Millionen barrierefreie Wohneinheiten, mittelfristig sind es sogar 3 Millionen (BMVBS 2011: 11).

Für die Wohnungswirtschaft sind ältere Konsumenten in den letzten Jahren zu einer bedeutenden Zielgruppe geworden, da Seniorenimmobilien, insbesondere im Bereich der altersgerechten Wohnung, einen wichtigen Wachstumsmarkt darstellen (Kahler 2010). Auch die Politik versucht den Wunsch nach Altern im vertrauten (Wohn-)Umfeld zu unterstützen. In den meisten europäischen Ländern werden inzwischen Förderprogramme zur Anpassung des Wohnraums und zur Gestaltung des Wohnumfelds durchgeführt. Ebenso wird die Entwicklung neuer Wohnformen unterstützt. Im Rahmen von nationalen Demografie- und Altersstrategien, die sich mit den Konsequenzen des demografischen Wandels beschäftigen, nimmt das Handlungsfeld „Wohnen im Alter“ einen wichtigen Platz ein. Die Gestaltung von

¹ Total Fertility Rate (TFR): Die TFR ist eine zusammengesetzte, hypothetische Kennziffer und gibt an, wie viele Kinder je Frau geboren würden, wenn für deren ganzes Leben die altersspezifischen Geburtenziffern des jeweils betrachteten Kalenderjahres gelten würden.

zukunftsorientierten Wohn- und Lebensformen wird in den europäischen Mitgliedsstaaten zunehmend als Querschnittsthema begriffen, das viele Politikfelder (Wohnungs-, Senioren-, Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik) betrifft. Ziel solcher Strategien ist nicht allein die Versorgung mit Wohnraum, sondern die Ermöglichung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Wichtige Handlungsfelder in nationalen Politikansätzen sind:

- Gestaltung und Anpassung des Wohnraums, um altersgerechtes bzw. barrierearmes Wohnen zu ermöglichen
- Entwicklung neuer Wohnformen zwischen Heim und Daheim (Wohngemeinschaften, Generationenwohnen, betreutes Wohnen...)
- Beratung, Vermittlung und Unterstützung bei der Alltagsbewältigung durch Serviceleistungen und Beratung vor Ort
- Auf- und Ausbau einer altengerechten Infrastruktur und Versorgung im Wohnumfeld (Mobilität, Einkauf, Sport und Freizeitmöglichkeiten)
- Gestaltung öffentlicher Begegnungsräume (Stadteiltreffs, Bürgerhäuser etc.), Knüpfen von Hilfsnetzwerken und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Das vorliegende Papier fasst Ergebnisse vergleichender Studien zum Thema „Wohnen im Alter“ und Ergebnisse eigener Recherchen zu seniorenpolitischen Neuerungen in ausgewählten Ländern zusammen (Linz/Stula 2011a, Linz/Stula 2011b). Es gibt einen Überblick, wie das Thema „Wohnen im Alter“³ auf europäischer Ebene und in ausgewählten Mitgliedsstaaten diskutiert wird. Dazu wird zunächst aufgezeigt, wie ältere Menschen in Europa wohnen. Danach werden aktuelle Initiativen auf europäischer Ebene und länderübergreifende Projekte und Netzwerke erläutert. Im Anschluss daran werden Ansätze aus fünf europäischen Mitgliedsstaaten dargestellt, die im europäischen Vergleich wichtige Impulse in der Entwicklung neuer Wohnformen für ältere Menschen setzen.

² Mit Erreichen des 65. Lebensjahres können Frauen in der EU27 erwarten noch weitere 20,7 Jahre zu leben und Männer noch weitere 17,2 Jahre (COM 2011).

³ Mit „Wohnen im Alter“ werden hier Maßnahmen und Strategien beschrieben, die auf zukunftsorientierten Wohn- und Lebensformen zielen und Maßnahmen zur Förderung des altersgerechten Wohnens (in der eigenen Wohnung oder alternativen Wohnformen) und zur Gestaltung eines altersgerechten Wohnumfelds umfassen.

2 Wohnsituation älterer Menschen in der EU

Im Folgenden wird zunächst ein Überblick über vergleichende Daten zur Wohnsituation älterer Menschen in der EU gegeben. Betrachtet man verfügbare Untersuchungen zu diesem Thema, so werden eher die „harten“ Faktoren (z.B. Wohnungsgröße, Miete, Anzahl der Personen im Haushalt etc.) erhoben; „weiche“ Faktoren, wie Integration in das Wohnumfeld oder subjektive Zufriedenheit, werden hingegen seltener erfasst (Seifert/Schelling 2011). Die vorliegende Darstellung stützt sich auf Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und des internationalen Umfrageprojektes SHARE⁴, sowie Ergebnisse einer vergleichenden Studie des BFW⁵ (BFW 2007).

Haushaltsstruktur: In der EU 27 lebt der überwiegende Teil der 65- und Über-65-Jährigen allein (31,1%) oder als Paar (48,3%). Circa neun von zehn Personen im Alter von 65 Jahren und älter lebten 2009 in Deutschland, Frankreich, Finnland, und im Vereinigten Königreich selbständig im eigenen Haushalt. In den Niederlanden betrug der Anteil 2009 sogar 95 Prozent. Besonders niedrig hingegen ist der Anteil in Zypern, Spanien, Portugal und Estland. Hier leben ältere Menschen öfter in gemeinsamen Haushalten zusammen mit ihren Kindern. Europaweit ist dies insgesamt bei nur 4,6 Prozent aller Älteren der Fall (Eurostat 2011: 95). Insbesondere in den skandinavischen Ländern und im Vereinigten Königreich ist der Anteil sehr gering, während diese Wohnform in den süd- und osteuropäischen Ländern weiter verbreitet ist. In Rumänien, Polen und den baltischen Staaten beträgt der Anteil über zehn Prozent. (ebd., Mai u.a. 2007: 51f)

Wohneigentum: In allen Ländern Europas ist die Wohneigentumsquote der über 65-Jährigen überdurchschnittlich im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (BFW 2007: 7). Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten. Die SHARE-Daten zeigen, dass circa 80 Prozent der Belgier, Niederländer und Dänen im Alter von über 55 Jahren im eigenen Haus leben, während es in der Tschechischen Republik nur 1/3 sind (Angelini/Laferrère 2008: 99). Besonders hoch ist der Anteil der Menschen mit Eigenheim, auch in süd- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten (Litauen, Ungarn, Estland, Slowenien, Spanien, Griechenland und Italien). Nach Ende des Staatssozialismus in den osteuropäischen Staaten erfolgte rasch eine Privatisierung von Wohneigentum, wodurch Wohnungen zum Teil kostenlos in den Besitz ihrer Mieter übergingen. Die meisten geringverdienenden Neueigentümer waren jedoch nicht in der Lage, ihren Besitz in stand zu

⁴ Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) ist eine repräsentative Befragung der Bevölkerung im Alter 50+, mit der Veränderungen der wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Lage von mehr als 55000 älteren Menschen in 20 europäischen Ländern beobachtet werden. Die hier verwendete Ergebnisse zur zweiten Befragungswelle 2006/2007 in 14 europäischen Ländern und Israel (Angelini/Laferrère 2008, Kohli u.a. 2008).

⁵ Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.

halten (Mau u.a. 2009: 208). Die geringste Verbreitung von Wohneigentum ist in Schweden, Deutschland und der Tschechischen Republik zu finden (ebd.: 210).

Ausstattung: Was die Ausstattung von Wohnungen mit Bad, WC, Zentralheizung oder Fernseher betrifft, so gab es in den letzten Jahren eine starke Angleichung in Europa. Fast 100 Prozent der Befragten bei SHARE verfügen über Wohnraum mit Bad und WC. Die einzigen Ausnahmen sind hier Griechenland (78%) und Polen (88%) (Mau u.a. 2009: 208, Kohli 2008: 110f). Bezüglich der Ausstattung der Wohnungen mit Vorrichtungen, die Menschen mit physischen und gesundheitlichen Einschränkungen unterstützen, so zeigen die SHARE-Daten, dass europaweit die über 80-Jährigen mit 15 Prozent dreimal häufiger in Haushalten mit solchen Vorrichtungen leben als die Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen. Den höchsten Versorgungsgrad an Vorrichtungen für Menschen mit physischen Einschränkungen findet man in den Niederlanden, wo jeder Sechste und fast die Hälfte der 80- und über 80-Jährigen in Wohnungen mit speziellen Vorrichtungen leben – gefolgt von Dänemark und der Schweiz. In Polen, Italien und Griechenland hingegen gibt es solche Wohnungen kaum (1-3%). Insbesondere in den süd- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten gibt ein klares Defizit. Ein Grund dafür könnte eine stärker ausgeprägte Familientradition im Süden sein, nach der erwartet wird, dass mitwohnende oder enge Familienangehörige (oder ausländische Pflegekräfte) sich um die älteren Menschen kümmern (Kohli u.a. 2008: 110).

Anpassung des Wohnraums: Eine Studie zur Entwicklung von altersgerechten Wohn- und Betreuungsformen in 13 europäischen Staaten aus dem Jahr 2007 kommt zu dem Ergebnis, dass durchschnittlich nur ein Prozent aller Wohnungen in Europa barrierefrei oder an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst sind. In zehn Ländern existiert ein solches Angebot im Bestand. Insbesondere Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen und Schweden werden hier als fortschrittlich eingestuft (BFW 2007: 8). Die größten Erfolge bei der individuellen Wohnungsanpassung verzeichnen nach dieser Studie die Niederlande, das Vereinigte Königreich und Belgien mit Anteilen von zwei bis fünf Prozent. In den osteuropäischen Mitgliedsstaaten werden erst in geringem Umfang altersgerechte Wohnformen angeboten (ebd.: 5).

Neue Wohnformen: In Europa gewinnen neue Wohnformen an Bedeutung, die sich in Größe, Organisationsform, gegenseitiger Verbindlichkeit, Altershomogenität oder Zusammensetzung der Generationen unterscheiden. Laut BFW-Studie sind eine weit verbreitete Wohnform Wohngruppenmodelle⁶, die in den meisten Ländern keinen

⁶ Es handelt sich dabei entweder um betreute Wohngemeinschaften mit Mieterstatus und Versorgung durch ambulante Pflegedienste oder um stationär betreute Wohngruppen als integriertes Betreuungskonzept in vorstationären Pflegeeinrichtungen bzw. heimverbundene Hausgemeinschaften, die in ein normales Wohnumfeld eingebettet sind (BFW 2007: 8).

gesetzlichen oder sonstigen Regelungen unterliegen und staatlich nicht gefördert werden (ebd.: 8).

Umzug im Alter: Eine der wichtigsten Entscheidungen, die Personen treffen müssen, wenn sie älter werden, ist, ob sie in ihrem Haus oder ihrer Wohnung bleiben oder eine alternative Wohnoption (z.B. altersgerechter Umbau oder Verkleinerung des Wohnraums, Umzug in eine betreute Wohnform oder an einen neuen Wohnort, möglicherweise ins Ausland oder zu Familienangehörigen) wählen. Generell nimmt die Bereitschaft, den vertrauten Wohn- und Lebensraum zu verlassen, im Alter deutlich ab. Gründe, die die Entscheidung im Alter umzuziehen beeinflussen, sind vielfältig. Finanzielle Erwägungen spielen eine wichtige Rolle, aber auch die Tatsache, ob die betreffenden Personen Mieter oder Eigentümer sind. Denn Mieter ziehen eher um als Eigentümer dies tun. Insgesamt sind ein sich verschlechternder Gesundheitszustand, Änderung des Familienstandes (bspw. durch den Tod des Lebenspartners), geringeres Einkommen oder zu viel Raum, um den man sich im Alter kümmern muss (meist durch Wegzug der Kinder oder Tod des Lebenspartners) die wichtigsten Faktoren, die zu einer wohnlichen Veränderung führen. (Eurostat 2011: 96, Kohli u.a. 2008: 111)

3 Europäische Bezüge und Projekte

3.1 Europäische Bezüge

Die Europäische Union (EU) hat sich in den letzten Jahren als wichtiger Akteur in der Diskussion um die Konsequenzen des demografischen Wandels in Europa erwiesen. Auch wenn Senioren- und Wohnpolitik im Kompetenzbereich der Nationalstaaten liegen, begleiten und unterstützen die europäischen Akteure mit ihren Initiativen den Erfahrungsaustausch der Länder zu diesen Themen.

Die Europäische Kommission veranstaltet seit 2006 alle zwei Jahre ein europäisches *Demografieforum*, auf dem sie aktuelle Analysen und Maßnahmen präsentiert, um die Zusammenarbeit und die Diskussion zwischen den Mitgliedsstaaten, Interessensvertreter/innen und Sachverständigen aus ganz Europa anzuregen. Zur Unterstützung dieser Debatten legt sie alle zwei Jahre einen Bericht über die demografische Lage in der EU vor, in dem die wichtigsten Fakten und Zahlen zum demografischen Wandel zusammengefasst sind und geeignete Strategien erörtert werden. Der letzte *Demografiebericht* von April 2011 zeigt einen leichten Anstieg der Geburtenrate und eine höhere Lebenserwartung in der Europäischen Union. In dem Bericht betont die Kommission weiterhin, dass es in den nächsten Jahren insbesondere darauf ankommt, das große Potential der beiden am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppen, der älteren Menschen sowie der Migrantinnen und Migranten, zu nutzen (COM 2011: 8).

Auch in der im Juni 2010 verabschiedeten zehnjährigen Wachstumsstrategie *Europa 2020* (KOM 2010a) wird die Bevölkerungsalterung sowohl als Herausforderung als auch als Chance für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum beschrieben. In den Leitinitiativen der Strategie *Eine digitale Agenda für Europa* und *Innovationsunion* wird das Thema der Alterung der Gesellschaft jeweils prioritär behandelt, wobei ein Schwerpunkt in beiden Initiativen auf dem Ausbau technischer Hilfsmittel liegt. Im Rahmen der Digitalen Agenda wird das Ziel gesetzt, durch Technologien für ein umgebungsunterstützendes Leben (Ambient Assisted Living⁷) IKT⁸-gestützten innovative Dienste, Produkte und Prozesse für jedermann zugänglich zu machen. Um unabhängiges Wohnen im Alter zu fördern, sollen insbesondere IKT-Lösungen zur Vorbeugung von Stürzen gefördert werden (KOM 2010b: 35). In der Leitinitiative *Innovationsunion* spielen IKT im Rahmen der „Europäischen Innovationspartnerschaft für Aktivität und Gesundheit im Alter“ ebenfalls eine wichtige Rolle.

⁷ Das dem AAL gewidmete gemeinsame Programm „Ambient Assisted Living Joint Programme (AAL-JP)“ von EU und Mitgliedstaaten, ist ein transnationales Förderprogramm, an dem sich 23 europäische Länder beteiligen. Das AAL-JP wurde 2008 von 20 EU-Mitgliedstaaten und drei assoziierten Ländern geschaffen. Der Schwerpunkt des Programms liegt auf der angewandten Forschung zu IKT-gestützten Produkten und Dienstleistungen für ältere Bürgerinnen und Bürger (<http://www.aal-europe.eu/calls/call-5-2012>) (Abruf: 15.6.2012).

⁸ Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Ziel dieser Initiative ist es, den Menschen ein längeres Leben in Unabhängigkeit und guter Gesundheit zu ermöglichen, Innovationen stärker als bisher in Bereiche wie Gesundheitsförderung, Prävention, Früherkennung einzuführen und bis zum Jahr 2020 die durchschnittliche Zahl der gesunden Lebensjahre um zwei zu erhöhen⁹ (KOM 2010c). Unter anderem sollen im Zeitraum 2012 bis 2014 auch Projekte zur Gestaltung altersfreundlicher Umgebungen durchgeführt werden, die auf den Austausch bewährter Verfahren zwischen Regionen und Städten im Bereich strategische Stadtplanung, Innovation für altersfreundliche Architektur und Gestaltung zielen.

Eine weitere aktuelle Initiative ist das *Barrierefreiheitsgesetz* (European Accessibility Act), das – als Schlüsselement der EU-Behinderten-Strategie (2010-2020) – derzeit von der Europäischen Kommission erarbeitet wird. Menschen mit Behinderungen sollen beim Zugang zur physischen Umwelt sowie zu Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen nicht benachteiligt werden. Zugute kommen wird die Initiative auch Menschen mit eingeschränkter Mobilität, z.B. älteren Menschen. Der Gesetzesvorschlag soll bis Herbst 2012 erstellt werden und auch Ergebnisse der öffentlichen Konsultation, die zwischen November 2011 bis Februar 2012 lief, beinhalten¹⁰.

3.2 Europäische Projekte und Netzwerke

Im Folgenden werden nun einige aktuelle bzw. kürzlich abgeschlossene länderübergreifende Wissenschaftsprojekte und Netzwerke beschrieben, die zum Ziel haben, neue Erkenntnisse zum Thema der Förderung des selbstbestimmten Wohnens im Alter zu generieren und den Austausch zwischen interessierten Akteuren zu fördern. Die ausgewählten Projekte bieten einen Einblick, welche Akteure und welche Staaten derzeit zum Thema Wohnen im Alter auf europäischer Ebene arbeiten.

Enabling Autonomy, Participation, and Well-Being in Old Age: The Home Environment as a Determinant for Healthy Ageing (Laufzeit: 2002 bis 2004)¹¹

Projektbeschreibung: Das Projekt, das aus Mitteln des Fünften Rahmenprogramms der Europäischen Kommission finanziert wurde, analysierte den Einfluss von Wohnen (objektive Wohnbedingungen, Wohnverhalten, subjektives Wohnerleben) auf gesellschaftliche Partizipation und Wohlbefinden bei alleinlebenden Personen im sehr hohen Alter (75-89 Jahre) in städtischen Regionen fünf europäischer Länder (Schweden, Vereinigtes

⁹ http://ec.europa.eu/research/innovation-union/index_en.cfm?section=active-healthy-ageing (Abruf: 15.6.2012).

¹⁰ http://ec.europa.eu/governance/impact/planned_ia/docs/2012_just_025_european_accessibility_act_en.pdf (Abruf: 15.6.2012).

¹¹ Dieses Projekt ist – im Vergleich zu den anderen dargestellten Projekten – schon länger abgeschlossen. Aufgrund der wichtigen Ergebnisse des Projekts zum Thema Wohnen im Alter wird es hier jedoch berücksichtigt.

Königreich, Ungarn, Lettland, Deutschland). Die empirische Studie ist als Längsschnitt mit zwei Zeitpunkten angelegt, ergänzt von qualitativen Vertiefungsstudien mit nationalen Schwerpunkten.

Ergebnisse: Wer über eine zugängliche Wohnumwelt verfügt, seine Wohnumwelt als nützlich und wichtig erlebt und kaum andere oder das Schicksal verantwortlich für das eigene Wohnen macht, ist selbständiger in alltäglichen Aktivitäten, fühlt sich wohler ("Environmental Mastery") und ist seltener depressiv. Was die Vergleichbarkeit der Zusammenhangsmuster zwischen Wohnen und gesundem Altern in den fünf Regionen betrifft, zeigen sich tendenziell übereinstimmende Muster trotz unterschiedlicher Ausprägung von Zugänglichkeit, Lebenszufriedenheit oder Depressivität in den Untersuchungsregionen. Die Befunde zeigen des Weiteren, dass Wohnforschung heute immer objektive und subjektive Wohnaspekte berücksichtigen muss, um den Zusammenhang von Wohnen und gesundem Altern abzubilden.

Weitere Informationen unter: <http://www.enableage.arb.lu.se/>

FUTURAGE (Laufzeit: September 2009 bis Oktober 2011)

Das Ziel des durch die Europäische Kommission geförderten Projekts bestand darin, eine Strategie zur zukünftigen Altersforschung („European Roadmap for Ageing Research“) für die nächsten 15 bis 20 Jahre zu entwerfen. Beteiligt waren 24 Partner aus 14 europäischen Mitgliedsstaaten. Die Strategie, die insgesamt sieben Forschungsschwerpunkte identifiziert [darunter: „Gutes Altern zu Hause und im Wohnumfeld“ (Ageing Well at Home and in Community Environments)], wurde am 18. Oktober 2011 in Brüssel vorgestellt.

Weitere Informationen unter: <http://futurage.group.shef.ac.uk/>

Programmplanungsinitiative „Länger und besser leben “(Joint Programming Initiative – more years, better lives)

„Joint Programming“ ist ein neuer forschungspolitischer Ansatz, um Zusammenarbeit und Kooperation in Forschung und Entwicklung zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen zu fördern. Die Programmplanungsinitiative "More Years, Better Lives - The Potential and Challenges of Demographic Change" hat sich das Ziel gesetzt, nationale und europäische Forschungsprogramme (und deren Träger), die sich mit dem demografischen Wandel in Europa befassen, zusammenzubringen. An der Initiative sind Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Spanien, die Türkei und das Vereinigte Königreich beteiligt (Beobachterstatus haben Belgien, Irland und Norwegen). Gemeinsam wurde ein

strategischer Forschungsplan erarbeitet, der nun mit gemeinsamen Aktionen und Projekten umgesetzt wird. Erste Ergebnisse werden nach 2012 erwartet.

Auf der Homepage können aktuelle und zukünftige Forschungsinitiativen und -projekte aus den beteiligten Ländern zu den Themenschwerpunkten Gesundheit/Leistungsfähigkeit, Arbeit/Produktivität, Bildung/Lernen, Wohnungswesen/städtebauliche bzw. ländliche Entwicklung/Mobilität, Sozialsysteme/Wohlfahrt recherchiert werden.

Weitere Informationen unter: <http://www.jp-demographic.eu/>

ISA-Plattform: „Quartiere und Lebensräume gestalten mit der Integration von Wohnen, Pflege und sozialen Angeboten“

Ziel der Plattform ist es, den Erfahrungsaustausch auf internationaler Ebene zu lebensräumlichen Konzepten anzustoßen. Das Netzwerk umfasst Vertreterinnen und Vertreter von Instituten aus Dänemark, Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz. Mit der Plattform soll der Erfahrungsaustausch angeregt werden, um voneinander zu lernen und Innovationen zu stimulieren. Es handelt sich um eine private Initiative, die unabhängig von Regierungen oder der Europäischen Union arbeitet.

Auf der Webseite wird für jedes Land die nationale Seniorenpolitik skizziert und der Entwicklungsstand quartiersbezogener Wohnkonzepte vorgestellt. Als Beispiele wurde jeweils ein Projekt im ländlichen Raum und in einer größeren Stadt ausgewählt.

Weitere Informationen unter: <http://www.isa-platform.eu>

HOPE: Trends in Housing for older people

Dieses Netzwerk, das sich 1993 im Nachgang des Europäischen Jahres für Ältere Menschen und Solidarität zwischen den Generationen gegründet hat, setzt sich zusammen aus Wohnungsbaugesellschaften und -unternehmen aus Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Schweden und dem Vereinigten Königreich. Ziel ist es, die Verbreitung von wissenschaftlichen Ansätzen und Erkenntnissen im Zusammenhang mit Wohnen im Alter länderübergreifend zu fördern und seniorenorientierte Lösungen für Wohnen und Pflege zu finden.

Weitere Informationen unter: www.kab-bolig.dk/

In Europa besser alt werden – regionale Perspektiven (Ageing better in Europe: local authorities exchange their viewpoints) (Laufzeit: September 2009 bis Juni 2011)

Am Projekt beteiligt waren sieben europäische Regionen aus Frankreich, Österreich, Polen, Rumänien und Ungarn. Themen, zu denen sich die Vertreterinnen und Vertreter regionaler Behörden austauschten, waren dabei Wohnen im Alter, altersgerechte Infrastrukturen, gesellschaftliche Integration älterer Menschen, ältere Menschen mit speziellen Bedürfnissen (Behinderung, Demenz, Migration), und Beschäftigung Älterer. Als Projektergebnis wurde basierend auf in Workshops erarbeiteten Diskussionsergebnissen zu diesen Themen ein Leitfaden erarbeitet, der im Internet abrufbar ist (Ageing better in Europe 2011).

Weitere Informationen unter:

http://www.europa.steiermark.at/cms/dokumente/11560703_2950520/061b1aec/the_challenge_of_ageing_cooperation_in_action_A4.pdf

HELPS – Housing and Homecare for the Elderly and Local Partnership Strategies in Central European Cities (Wohnen und Gesundheitsversorgung von älteren Menschen im Kontext lokaler Partnerschaftsstrategien in Städten Zentraleuropas) (Laufzeit: Oktober 2011 bis September 2014)

Schwerpunkt des Projekts HELPS sind integrierte quartiersorientierte Ansätze, die bauliche und technische Anpassungen am und im Gebäude verbinden und mit Vor-Ort-Angeboten für Betreuung, Gesundheit, Nahversorgung und weiteren Dienstleistungen verknüpft. Beteiligt sind zwölf Partner aus Mitteleuropa unter der Federführung der italienischen Region Friuli Venezia Giulia. Die Projektpartner erarbeiten neue Formen der Kooperation zwischen Städten, Hauseigentümern, sozialen Einrichtungen, Pflegediensten sowie zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Quartieren. Innovative Ansätze werden in Modellprojekten umgesetzt. Gleichzeitig werden wissenschaftliche Erkenntnisse und bestehende gute Praxisbeispiele gesammelt, aufbereitet und in einen transnationalen Austausch eingebracht.

Weitere Informationen unter:

<http://www.deutscher-verband.org/cms/index.php?id=helps>

4 Ansätze aus ausgewählten Mitgliedsstaaten

Im Folgenden werden zunächst Ansätze zur Gestaltung von zukunftsorientierten Wohn- und Lebensformen in Dänemark, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Finnland beschrieben.

4.1 Niederlande

Kontext:

In den Niederlanden obliegt den lokalen Behörden die Ausgestaltung in Fragen der Unterkunft und Wohlfahrt. Die Kommunen richten dabei ihr Handeln verstärkt auf die einzelnen Wohnviertel aus. Ziel ist es, „vitale Lebensgemeinschaften“ zu fördern und aufrechtzuerhalten, denen sich alle Bewohner/innen zugehörig fühlen (4LeafClover 2009: 134, Nederlands Instituut voor Zorg en Welzijn 2002: 7). Mit dem 2007 in Kraft getretenen Sozialgesetzbuch WMO (Wet maatschappelijke ondersteuning) sind die Kommunen gesetzlich verpflichtet, umfassende Leistungen für ältere und behinderte Menschen anzubieten – dies umfasst Beratung und Information über öffentliche Verkehrsangebote bis hin zu Hilfsmitteln und Angeboten zu Hause (z.B. Hilfen im Haushalt, Wohnungsanpassung, Bereitstellen von Rollstühlen, Fahrdienste für Mobilitätseingeschränkte). Das Gesetz bewirkte, dass mehr Kommunen eine aktive Rolle bei der Umsetzung von Quartierskonzepten übernehmen. Die kommunale Unterstützung wird aus Steuermitteln finanziert (4LeafClover 2009: 134f, Green-Pedersen/Baggesen Klitgaard 2008, ISA 2012: 2).

Wohnformen:

Bei den Wohnformen hat bereits früh eine Entwicklung hin zu Mischformen zwischen Heim und Daheim eingesetzt. Seit Anfang der 1970er Jahre wurde aufgrund des steigenden Kostendrucks des Wohlfahrtsstaates der Ausbau des *betreuten Wohnens* („Wonen in een beschermde omgeving“) gefördert. Langfristig sollen so Alten- und Pflegeheime weitgehend überflüssig gemacht werden. Laut Angaben der BFW-Studie umfasst diese Form des betreuten Wohnens mindestens zehn barrierefreie Wohnungen mit einem Versorgungs- und Betreuungsstützpunkt in maximal 250 Metern Entfernung. Die Wohneinheiten haben eine Größe von zwei bis drei Zimmern zwischen 55 und 70 Quadratmetern. Die Kosten für Haushaltshilfe und häusliche Krankenpflege werden zu ca. 85 Prozent von der Sozialversicherung übernommen, der restliche Betrag muss zugezahlt werden (BFW 2007: 11).

„*Integrierte Versorgungsgebiete*“ wurden in den Niederlanden während der 1990er Jahre als Planungsinstrument eingeführt, um Wohnen, soziale Angebote und Pflege innerhalb eines Wohnviertels miteinander zu verknüpfen. Seitdem wurden über 200 solcher Quartiere mit

integrierten Angeboten landesweit von den Kommunen ausgewiesen. Ziel ist es, Versorgungsangebote in normalen Wohnvierteln zu integrieren, die Selbsthilfe der Bürger zu stärken und die Lebensqualität insgesamt zu verbessern (ISA 2012).

Laut BFW-Studie werden heute ca. 50 Prozent der neu errichteten Wohnungen „anpassbar“ gebaut, was bedeutet, dass bei Planung und Bau die Anforderungen an barrierefreies Wohnen berücksichtigt werden bzw. eine relativ einfache Umwandlung möglich ist. Da der komplette Umbau bestehender Wohnungen aus Kostengründen aufwendig ist, wurde das Konzept „Opplussen“ entwickelt, bei dem Wohnungen barrierefrei umgestaltet werden. Das „Opplussen“ wird staatlich gefördert und stellt eine recht kostengünstige Maßnahme zur Bereitstellung altersgerechten Wohnraums dar (BFW 2007: 10). Laut ISA sind die Wohnungsunternehmen die wesentlichen Investoren für barrierefreies Wohnen; einige von ihnen passen ihren Bestand systematisch an Anforderungen des barrierefreien Bauens an („Lebenslaufwohnungen“) (ISA 2012: 8).

Aktuelle Initiativen:

Das selbstbestimmte Wohnen älterer Menschen wird durch eine Reihe aktueller Projekte gefördert. Mit dem niederländischen „*Aktionsplan zum besseren Leben innerhalb des gewohnten Umfelds*“ (Actieplan Better (t)huis in de buurt) (Zeitraum: 2007 - 2011) soll die Wahlfreiheit des Einzelnen gestärkt und ein besserer Zugang zu individuell angepasster Unterstützung und Pflege gefördert werden. Eine ähnliche Zielsetzung verfolgt das „*Programm zur besseren Integration von Pflege, Wohnen und Wohlergehen im unmittelbaren Umfeld*“ (Zichtbare Schakel), das zwischen 2009 und 2013 läuft und eine bessere Verzahnung von medizinischen und pflegerischen Dienstleistungen zum Ziel hat. Zudem wurde im Rahmen des „*Nationalen Programms Altenpflege*“ eine Vielzahl unterschiedlicher Projekte zum Thema Wohnen im eigenen Heim aufgelegt. Eines dieser Projekte ist zum Beispiel „*Lebe lang zu Hause*“ (Lang Leve Thuis).

Weitere Informationen:

Ministerium für Gesundheit, Wohlergehen und Sport (Ministerie van Volksgezondheid, Welzijn en Sport) <http://www.rijksoverheid.nl>

Lenkungsgruppe für Experimente im Wohnungsbau [Stuurgroep Experimenten Volkshuisvesting (SEV)]: Stiftung, die neue Wohnformen erprobt und verbreitet <http://www.sev.nl>

Vereinigung der Niederländischen Gemeinden (Vereniging van Nederlandse Gemeenten): Webseite enthält eine Datenbank mit Praxisbeispielen von und für Gemeinden (Databank Praktijkvoorbeelden: van en voor gemeenten) <http://www.gewoongemak.nl/>

4.2 Dänemark

Kontext:

Die Sozial- und Gesundheitsdienste sind in Dänemark dezentral durch die Gemeinden organisiert. Die Verantwortung für die Aufgabenbereiche der stationären und ambulanten Pflege, ebenso wie für Wohnen, Betreuung und soziale Dienste liegen in der Hand der Kommunen. Mit der Reform des öffentlichen Sektors ab 2004 wurden auch private Unternehmer stärker an der Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen beteiligt. Es gilt das Prinzip der freien Wahl: Menschen, die berechtigt sind, Leistungen der Gemeinde zu empfangen, können wählen, ob sie Leistungen von der Gemeinde oder einem privaten Anbieter empfangen. 1987 wurde durch ein neues Wohnungsgesetz für Seniorinnen und Senioren der Bau neuer Alters- und Pflegeheime zunächst untersagt. Im Gegenzug wurde den Kommunen ermöglicht, eine Vielzahl alternativer Versorgungsformen anzubieten. Die grundlegende Idee dabei ist, dass der öffentliche Betreuungsservice nicht an eine bestimmte Wohnform gekoppelt sein muss, sondern von ambulanten Diensten in selbstständigen Wohnungen geleistet werden kann. Sozialdienste sind sehr umfangreich ausgestaltet und umfassen eine breite Palette von einfachen Hilfestellungen bei der Hausarbeit bis hin zu medizinischer Versorgung und Pflege und Organisation von Besuchsdiensten. Die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Diensten (Hilfe beim Abwasch, Reinigung der Sanitäranlagen, Gardinen u.ä.) wird in Dänemark über das sog. „Home Service-Programm“ (Hjemmeservice) staatlich bezuschusst¹² (4LeafClover 2009: 19, Green-Pedersen/Baggesen Klitgaard 2008: 162-166, Haberkern 2009: 60-63).

Wohnformen:

Neben der Möglichkeit der Unterstützung des selbstbestimmten Lebens in den eigenen vier Wänden durch haushaltsnahe und soziale Dienstleistungen, haben dänische Bürgerinnen und Bürger, die 75 Jahre und älter sind und noch keine häusliche Pflege und Betreuung erhalten, zweimal jährlich Anspruch auf kostenfreie *präventive Hausbesuche*. Ziel dieser Maßnahme ist es, einen eventuell bestehenden Hilfebedarf schnell zu erkennen und bei der Planung des selbstbestimmten Lebens behilflich zu sein¹³.

Die dänischen Gemeinden sind gesetzlich verpflichtet eine gewisse Anzahl an *Alterswohnungen* zur Verfügung zu stellen, die barrierefrei und mit einem Notrufsystem ausgestattet sind. Sie sind häufig mit einer Pflegeabteilung koordiniert, so dass schnelle Hilfe verfügbar ist. Um eine solche Wohnung zu bekommen, muss frühzeitig ein Antrag gestellt werden, um einen Platz auf der Warteliste zu erhalten. Seniorinnen und Senioren mit

¹² Voraussetzung seit 2004 ist, dass mind. eine Person im Haushalt 65 Jahre oder älter ist oder sich im Vorruhestand befindet. Die maximale Fördersumme beträgt 6000 Kronen pro Quartal pro Haushalt.

größerem Pflegebedarf können in einer *Pflegewohnung* oder einem *Pflegeheim* unterkommen. Bedarf und Eintritt ist über medizinische Gutachten geregelt. (Mai u.a. 2007: 38, Age-Stiftung 2011: 10f)

Mit der Umsetzung der Pflegereform 1996 wurde der Fokus auf moderne Pflege- und Betreuungsheime gesetzt, die ein *gemischtes Wohn- und Betreuungskonzept* umfassen und für Seniorinnen und Senioren mit unterschiedlichen Pflegebedürfnissen zugänglich sind. Pflege und Sozialdienste können in gleichem Maß in Einrichtungen und in Wohnungen in Anspruch genommen werden (Age-Stiftung 2011: 8).

Eine weitere Form der flexiblen Kombinationen von Wohn- und Pflegeangeboten in Form von *betreutem Wohnen* gibt es in stationären Alters- und Pflegezentren. Hier werden Wohnanlagen bestehend aus Alters- und Pflegewohnungen mit Servicezentren zusammengebracht, so dass differenzierte Angebote für unterschiedliche Bedürfnisse verfügbar sind. Häufig sind in den Zentren auch Wohngemeinschaften für Demenzerkrankte integriert (ebd.: 24f).

Ein weiteres Modell sind *Seniorenwohngemeinschaften* („Seniorbofællesskaber“), die sich in Dänemark seit den 1970ern als eigenständige Form des Wohnens im Alter etabliert haben. Nach Angaben der Age-Stiftung handelt sich bei der dänischen Variante der Seniorenwohngemeinschaften um Einfamilienhaussiedlungen für Personen über 50 Jahre, die von den Bewohnerinnen und Bewohnern gemeinsam geplant und selbst verwaltet werden. Seniorenwohngemeinschaften können unterschiedlich groß sein (zwischen fünf und hundert Wohneinheiten, üblich: zwischen zwölf und 24 Wohnungen). Die Größe der einzelnen Wohnungen hingegen ist durch die Standards der staatlichen Wohnbauförderung und die Grenzen für öffentliche Mietzuschüsse vorgegeben (ebd.: 4). 2011 gab es landesweit mehr als 200 solcher Wohngemeinschaften, die entweder von Wohnungsgesellschaften, privaten Eigentümern oder genossenschaftlichen Trägerschaften finanziert werden. Bei Planung, Aufbau und Gründung von Wohngemeinschaften steht älteren Menschen die Beratungsstelle für gemeinschaftliches Wohnen BOF (Bofællesskabsrådgivning) zur Verfügung. Die Stelle arbeitet als Mandatsträger des dänischen Wohnungsbauministeriums und begleitet die Gemeinschaften bis ein Jahr nach Gründung (ebd.: 20f).

Aktuelle Initiativen:

Ein weiterer Schwerpunkt der aktuellen Seniorenpolitik in Dänemark ist der verstärkte Einsatz von Technologien im sozialen Bereich. Der *Public Welfare Technology Fund* (PWT-Fund) prüft und verbreitet seit 2008 neue unterstützende Technologien (bspw. Einsatz von Telemedizin, Sensortechnik in Wohnungen und Online-Pflege-Modelle) und strukturiert

¹³ <http://www.sm.dk/Temaer/sociale-omraader/Aldre/forebyggende-arbejde/Sider/Start.aspx> (Abruf: 16.5.2012)

Dienstleistungsabläufe im staatlichen Sektor neu. Das dänische Finanzministerium finanziert die Einrichtung mit 400 Mio. Euro für den Zeitraum 2009-2016 (Duus 2011: 197 ff).

Weitere Informationen:

Ministerium für soziale Angelegenheiten (Socialministeriet) <http://www.sm.dk/>

Ministerium für Städte, Wohnen und ländlichen Raum (Ministeriet for by, bolig og landdistrikter) <http://www.mbbi.dk>

Ældre Sagen (DanAge) : größte dänische Interessensvertretung für ältere Menschen <http://www.aeldresagen.dk>

Dänisches Zentrum für Altersfragen (Videnscenter på Ældreområdet): unabhängiges Wissenschaftszentrum zu Fragen des Alterns <http://www.phmetropol.dk/>

Beratungsstelle für gemeinschaftliches Wohnen BOF (Bofællesskabsrådgivning) <http://bof-radgivning.dk/>

Public Welfare Technology (PWT) – Fund <http://www.abtfonden.dk/>

4.3 Vereinigtes Königreich

Kontext:

Soziale Dienste umfassen Sozialarbeit und Betreuungsdienste und werden von den Kommunalverwaltungen übernommen (Einschätzung von Sozialleistungen, Verteilung öffentlicher Gelder zur Beauftragung privater und gemeinnütziger Träger Bereitstellung eigener Leistungen). Für ältere Menschen werden Hilfsleistungen und öffentliche Pflege angeboten. Seit Anfang der 1960er Jahre ist eine Abkehr von einer reinen Heimversorgung hin zu einer gemeindenahen Versorgung („care in the community“) zu verzeichnen. Hinzu kamen Privatisierungstendenzen im Bereich der Träger sozialer Dienstleistungen und eine stärkere Konkurrenz durch Wohnungsanpassungen, technische Hilfen und ambulante Dienste (Mai u.a. 2007: 57). Die Inanspruchnahme der Dienste erfolgt nach Bedürftigkeitsprüfung. Diejenigen, die die Kriterien nicht erfüllen, müssen Dienstleistungen am Markt einkaufen (Mitton 2008: 274-279).

Wohnformen:

In Großbritannien ist das *Betreute Wohnen (Sheltered Housing)* im Alter seit den 1960er Jahren landesweit verbreitet. Es handelt sich um ein auf dem unterschiedlichen Grad der Pflegebedürftigkeit von Seniorinnen und Senioren basierendes mehrstufiges Konzept. Bei der ersten Form handelt es sich um altengerechte Wohnungen für vorzugsweise rüstige Seniorinnen und Senioren. Die Wohneinheiten sind barrierefrei gestaltet und teilweise mit

Notrufanlagen und Hausbetreuung in der Wohnanlage, Gemeinschaftseinrichtungen, Gästezimmern und Waschmaschinenräumen sowie begleitenden Aktivitäten ausgestattet. Laut BFW-Studie werden je nach Betreuungsintensität vier bis neun Betreuer für 100 Seniorinnen und Senioren abgestellt. *Very sheltered housing* ist die unterstützungsintensivere Form zwischen betreutem Wohnen und Pflegeheim. Ein Großteil der Seniorinnen und Senioren ist mittelgradig bis stark pflegebedürftig und erhält zusätzliche Pflege und eine Mahlzeiten-Vollversorgung. *Sheltered housing* wird von privaten Anbietern, kommunalen Wohnungsämtern, Wohnungsgesellschaften und gemeinnützigen Trägern angeboten. (BFW 2007: 10f, Mai u.a. 2009: 57)

Aktuelle Initiativen:

2008 veröffentlichte das Department for Communities and Local Government die Strategie *“Lifetime homes, lifetime neighbourhoods – A national strategy for housing in an ageing society”* (Department for Communities and Local Government u.a. 2008). Die Strategie thematisiert nicht nur aktuelle Herausforderungen für das Wohnen, sondern stellt auch die Bedeutung der Wohnumgebung für das Wohlbefinden und die Selbständigkeit älterer Menschen in den Vordergrund („inklusive und nachhaltige Nachbarschaften“). Schwerpunkte der Strategie sind u.a. Investitionen in neuen altersgerechten Wohnraum, das Bereitstellen von Mitteln für kleinere Reparaturen und Anpassungen im Haus (Stichwort: „lebenslanges Wohnen“) ebenso wie eine Ausweitung des Informations- und Beratungsangebots für ältere Menschen (u.a. zu den Themen Umzug, Anpassungen im Haus, Finanzierung) (ebd.).

Im Nachgang zu dieser Strategie wurden verschiedene Programme von der britischen Regierung initiiert. Das Programm *FirstStop*, das seit 2008 existiert, ist ein unabhängiges Informations- und Beratungsangebot für ältere Menschen und ihre Angehörigen zu den Themen Wohnen, Pflege und Unterstützungsleistungen. Das Angebot umfasst eine zentrale Telefonhotline und lokale Beratungszentren vor Ort und wird von einem Netzwerk lokaler und nationaler Partner unter der Leitung des Verbandes „Elderly Accommodation Counsel“ durchgeführt. Finanziert wird das Projekt durch das Ministerium für kommunale Angelegenheiten und örtliche Selbstverwaltung (Department for Communities and Local Government) (Cambridge Center for Housing Research 2012). Im Rahmen des Programms *Handyperson programme* werden innovative wohnbezogene Unterstützungsdienstleistungen (kleinere Reparaturen und Anpassungen im Haus) finanziert (Department for Communities and Local Government 2012).

Auch die im November 2011 vorgelegte *Wohnstrategie* der britischen Regierung („Laying the Foundations. A Housing Strategy for England“) (Department for Communities and Local Government 2011) hat u.a. die Förderung des selbständigen Lebens Älterer zum Ziel.

Weitere Informationen:

Department for Communities and Local Government <http://www.communities.gov.uk>

Housing Learning and Improvement Network (LIN): Zusammenschluss von Experten und Expertinnen in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und soziale Betreuung mit Hinblick auf die Bedürfnisse älterer Menschen: <http://www.housinglin.org.uk/>

4.4 Frankreich

Kontext:

Historisch gesehen lag die Verantwortung für ältere Menschen in Frankreich – im Gegensatz zu skandinavischen Staaten – bei der Familie. Heutzutage hingegen ist eine Arbeitsteilung zwischen Staat, Sozialversicherungsträgern, Sozialwirtschaft und der Familie vorherrschend. Den Départements obliegt die zentrale Verantwortung für die öffentliche Fürsorge, wie auch einige Kompetenzen im Bereich der öffentlichen Gesundheitsfürsorge. Die Kommunen tragen ihren Teil der Verantwortung für den Bereich öffentliche Gesundheit, unterhalten kommunale Wohlfahrtszentren und subventionieren Organisationen, die mit benachteiligten Gruppen arbeiten. Gemeinnützige Versicherungsunternehmen und privatwirtschaftliche Unternehmen unterhalten als Akteure der Sozialwirtschaft Alters- und Pflegeheime, wobei die Bedeutung privater Akteure in der Gesundheits- und Sozialarbeit stark zunimmt (Gallouj/Gallouj 2008, Mai u.a. 2007: 39).

Wohnformen:

In den letzten Jahren haben auch in Frankreich Angebote, die es älteren Menschen ermöglichen im Alter so lange wie möglich im eigenen Heim zu leben, an Bedeutung gewonnen. Zwischen der Unterbringung in einer Einrichtung und dem Wohnen zu Hause wurden verschiedene Modelle, wie bspw. Kurzzeit- oder Tagespflege, ausgebaut. Zudem wurden unterschiedliche Versorgungsangebote in der häuslichen Betreuung, wie Essen auf Rädern, Haushaltshilfen oder Betreuungspersonen, entwickelt (4 Leaf Clover 2009: 59).

Aktuelle Initiativen:

Die nationale Strategie „*Gutes Altern*“ (plan national bien vieillir) wurde 2006 ausgearbeitet (Laufzeit 2007-2009) und legt konkrete Schritte fest, um ein „gelingendes“ Altern (auf individueller und gesellschaftlicher Ebene) in Frankreich zu ermöglichen (Schwerpunkte: Entwicklung von Präventionsstrategien, Verbesserung des Wohn- und Lebensumfeldes, Verstärkung und Unterstützung der gesellschaftlichen Rolle älterer Menschen). Das Programm wurde lokal durch die einzelnen Kommunen umgesetzt. Eines der Ergebnisse ist das Label „*Gutes Altern - Zusammen leben*“ (Bien vieillir-Vivre ensemble), das jedes Jahr an

französische Kommunen vergeben wird, die eine beispielhafte lokale Politik für ältere Menschen betreiben und sich um ein gutes Zusammenleben aller Generationen bemühen.¹⁴

Der „Solidaritätsplan mit der älteren Generation 2007-2012“ (Plan Solidarité Grand Age) sieht zahlreiche Maßnahmen vor, um Angebot und Qualität der Pflege in Einrichtungen zu verbessern, aber auch um Kurzzeitpflegeangebote auszubauen. Ziel ist es, den Betroffenen die freie Wahl zwischen Versorgung zu Hause und Unterbringung im Heim zu ermöglichen. Insgesamt wurden hierfür 2,3 Milliarden Euro bereitgestellt (Ministère délégué à la Sécurité sociale, aux Personnes âgées, aux Personnes handicapées et à la Famille 2006). Eine Zwischenbilanz für den Zeitraum 2007-2010¹⁵ ist im Internet verfügbar.

2010 wurde der Projektbericht „Zuhause älter werden“ (Vivre chez soi), der von der Staatssekretärin für ältere Menschen in Auftrag gegeben wurde, vorgelegt. Er schlägt Maßnahmen vor, wie das Konzept konkret umgesetzt werden kann. Diese umfassen u.a. den verstärkten Einsatz von Techniken und Dienstleistungen und die Modernisierung haushaltsnaher Dienstleistungen. Die Vorschläge richten sich an den Staat, ebenso wie öffentliche (Agenturen, Gebietskörperschaften) und private Akteure (Anbieter von Techniklösungen und haushaltsnahen Dienstleistungen) (Franco 2010). Auf Grundlage dieses Berichts wurde im November 2011 das „Centre d'Expertise National Habitat et Logement“ (CEN Habitat) gegründet mit dem Ziel, neue technischen Hilfen für den Wohnraum zu entwickeln, Prozesse zwischen den relevanten Akteuren zu koordinieren und sich mit den relevanten Akteuren, auch auf europäischer Ebene, zu vernetzen¹⁶.

Im Rahmen der französischen Alzheimerstrategie werden derzeit sog. „maisons pour l'autonomie et l'intégration des malades Alzheimer“ (MAIA) landesweit aufgebaut. MAIA sind zentrale Anlaufstelle für Demenzerkrankte und deren Angehörige. Ziel ist eine integrierte Dienstleistungserbringung vor Ort, die von Fallmanagern (gestionnaires de cas) koordiniert wird. In einer ersten Pilotphase (2008-2010), die wissenschaftlich begleitet und evaluiert wurde, entstanden 17 Zentren. 40 weitere kamen im April 2011 hinzu, 100 weitere sollen im Lauf des Jahres 2012 eröffnet werden. Des Weiteren soll im Rahmen der Alzheimerstrategie die Unterstützung von Demenzerkrankten, die zu Hause wohnen, durch spezialisiertes Heimpflegepersonal verbessert werden. In Pflege- und Altenheimen sollen stationäre Pflegeplätze, die auf die Bedürfnisse von Demenzerkrankten ausgerichtet sind, in Form von speziellen Stationen bzw. Wohneinheiten geschaffen werden (Présidence de la république 2011).

¹⁴ <http://www.social-sante.gouv.fr/espaces,770/aines,776/dossiers,758/plan-national-bien-vieillir,763/> (Abruf: 15.6.2012)

¹⁵ <http://www.senat.fr/rap/l11-074-3/l11-074-37.html> (Abruf: 15.6.2012)

Weitere Informationen:

Ministerium für Solidarität und sozialen Zusammenhalt (Ministère des solidarités et de la cohésion sociale): <http://www.solidarite.gouv.fr>

Centre Expert National Habitat (CEN Habitat) <http://www.cnr-sante.fr/2011/10/cen-habitat/>

4.5 Finnland

Kontext:

In Finnland obliegt die Umsetzung und Gestaltung von (Sozial-)Politiken in einem großen Maß den Kommunen (kunta) und den 415 lokalen Behörden. Die lokalen Behörden sind verantwortlich für die Leistungen in den Bereichen Soziale Dienste, Gesundheitsfürsorge und technische Infrastruktur, ebenso tragen sie die Hauptverantwortung für die Altenpflege (Kangas/Saari 2008: 252). Strategisch zielt die Politik für ältere Menschen in Finnland darauf ab, hochqualitative Dienste und Unterstützung flächendeckend bereitzustellen, damit möglichst viele ältere Menschen ihren Lebensabend im eigenen Zuhause verbringen können. In den vergangenen Jahren wurden zunehmend Dienstleistungen für Ältere bereitgestellt, die sich durch ihre Service-Orientierung auszeichnen. Die Rolle der häuslichen Pflege soll darüber hinaus in Zukunft noch weiter gestärkt werden, um dem steigenden Bedarf in der Altenpflege zu begegnen. Bestandteil der finnischen Maßnahmen in diesem Bereich ist die sogenannte „Cash-for-Care“ Politik, welche eine finanzielle Entschädigung für Pflegepersonen bereithält. (ebd.: 252 f)

Wohnformen:

Das *selbständige Wohnen* von älteren Menschen wird durch das Bereitstellen von öffentlichen Finanzmitteln für den Umbau von privatem Wohnraum¹⁷ unterstützt. Bei kleineren Reparaturen und Anpassungsmaßnahmen des Wohnraums werden die Kosten erstattet (Anträge werden in den Kommunen bearbeitet).

Für Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf gibt es Angebote wie das „*Unterstützte Wohnen*“ oder „*Betreutes Wohnen*“; für Menschen mit einem sehr großen Unterstützungsbedarf gibt es „*Intensiviertes Betreutes Wohnen*“. Die verschiedenen Wohnformen werden von Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und privaten Unternehmen

¹⁶ <http://www.cnr-sante.fr/2011/10/cen-habitat/> (Abruf: 15.6.2012)

¹⁷ Die Zuschüsse belaufen sich im Normalfall dabei auf maximal 40 Prozent der Gesamtkosten der Reparatur. In Ausnahmefällen können bis zu 70 Prozent der Kosten getragen werden, wenn ein Ausbleiben der Reparationsarbeiten bedeuten würde, dass die Person langfristig ausziehen müsste, da die Beweglichkeit innerhalb des Hauses eingeschränkt oder die Versorgung mit sozialen und pflegerischen Dienstleistungen nicht gewährleistet werden kann [<http://www.ara.fi/default.asp?node=692&lan=en#a1>] (Abruf: 24.4.2012).

angeboten. Die Heimunterbringung wurde mittlerweile Großteils durch betreutes Wohnen ersetzt (4LeafClover 2009: 46).

Im Rahmen der finnischen *Altersstrategie* werden präventive Maßnahmen und die Förderung des selbstständigen Lebens im Alter in den Vordergrund gestellt (Prime Minister's Office 2009).

Finnland hat sich Qualitätsziele gegeben, die es für die Versorgung finnischer Bürgerinnen und Bürger im Alter von 75 Jahren bis Ende 2012 zu erreichen gilt („Nationales Rahmenprogramm für qualitativ hochwertige Dienste für ältere Menschen“):

- 91-92 Prozent soll es mit Hilfe geeigneter, auf individuelle Bedürfnisse angepasster Sozial- und Gesundheitsdienste möglich sein, selbstständig im eigenen Haushalt zu leben,
- 13-14 Prozent sollen regelmäßig häusliche Pflege erhalten,
- 5-6 Prozent sollen Unterstützung durch informelle Pflege erhalten,
- 5-6 Prozent fallen in den Bereich einer intensiv betreuten Unterkunft,
- 3 Prozent sollen in stationären Einrichtungen über einen längeren Zeitraum betreut und gepflegt werden (Ministry of Social Affairs and Health 2008).

Aktuelle Entwicklungen:

Aktuell wurde eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Umweltministeriums eingerichtet, um den Ausbau von Dienstleistungen, die ein selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen (u.a. durch den Einbau von Aufzügen, allgemeine Reparaturarbeiten, Verbesserung der generellen Zugänglichkeit und Sicherheit des Wohnens in, ebenso wie alternative Wohnkonzepte, die den Bedürfnissen älterer Menschen entsprechen) weiterzuentwickeln (Laufzeit 2012-2015).

Weitere Informationen:

Sozial- und Gesundheitsministerium (Sosiaali- ja Terveysministeriö) <http://www.stm.fi>

Umweltministerium (Miljöministeriet): <http://www.ymparisto.fi>

The Housing Finance and Development Centre of Finland [Asumisen rahoitus- ja kehittämisskeskus (ARA)]: regierungsgetragene Agentur unter der Aufsicht des Umweltministeriums, deren Aufgabe die Implementierung sozialer Wohnungspolitik ist <http://www.ara.fi/>

Association of Finnish and Regional Authorities (Kunnat)

<http://www.localfinland.fi/en/Pages/default.aspx>

STAKES- Nationales Institut für Gesundheit und Wohlfahrt (**THL**- Terveyden ja Hyvinvoinnin Laitos): das Institut entwickelt und evaluiert Praktiken und Methoden im Bereich der sozialen Dienste <http://www.stakes.fi/EN/Aiheet/olderpeople/index.htm>

5 Fazit

Der europäische Vergleich zeigt, dass Ansätze zur Förderung des Wohnens im Alter in den analysierten Mitgliedsstaaten über die Gestaltung und Anpassung des Wohnraums hinausgehen und auf die gesellschaftliche Teilhabe und den aktiven Einbezug älterer Menschen in das (Wohn-)Umfeld zielen. Ergänzt werden diese Ansätze durch Maßnahmen zur Gestaltung alters- oder generationengerechter Infrastruktur und wohnortnahe unterstützende Dienstleistungsangebote. Ein Beispiel hierfür ist die *britische Strategie „Lifetime homes, lifetime neighbourhoods“*, die nicht nur aktuelle Herausforderungen für das Wohnen, sondern auch die Bedeutung des Wohnumfelds für das Wohlbefinden und die Selbständigkeit älterer Menschen in den Vordergrund („inklusive und nachhaltige Nachbarschaften“) stellt.

Trotz bestehender kultureller und politischer Unterschiede zwischen den Staaten lassen sich gemeinsame Trends identifizieren:

Ein wichtiges Handlungsfeld und eine große Herausforderung für alle betrachteten Staaten ist die *barrierearme Gestaltung bzw. Anpassung des bestehenden Wohnraums*, da hier der Großteil der europäischen Seniorinnen und Senioren lebt. In Finnland und dem Vereinigten Königreich wurden daher beispielsweise Programme aufgelegt, durch die öffentliche Mittel bei kleineren Anpassungen und Reparaturen im Privathaushalt zur Verfügung gestellt werden. Bei *Neubauten* wird in den betrachteten Ländern zunehmend darauf geachtet, dass diese anpassbar und flexibel gebaut werden (z.B. „Opplussen“ in den Niederlanden).

Betrachtet man die *Entwicklung neuer Wohnformen*, so ist in den letzten Jahren europaweit ein breites Angebot entstanden, bei dem die Trennung zwischen ambulant und stationär immer stärker verwischt und gemeindenaher Versorgung deutlich in den Vordergrund gestellt wird. Neben Alten- und Pflegeheimen gibt es eine Vielzahl professioneller Wohneinrichtungen mit Pflegeleistungen (Betreutes Wohnen, Wohn- oder Hausgemeinschaften¹⁸), Tages- und Kurzzeitpflege bis hin zu der Möglichkeit in den eigenen vier Wänden zu wohnen und im Bedarfsfall Pflege durch Angehörige bzw. Freunde oder professionelle Dienstleister zu beziehen. Eine weitere Initiative, die das Wohnen im eigenen Heim unterstützen soll, sind in Dänemark und Finnland präventive Hausbesuche für Seniorinnen und Senioren, die noch keine häusliche Pflege und Betreuung in Anspruch nehmen. Ziel ist es, Hilfebedarfe schnell zu erkennen und Seniorinnen und Senioren bei der Planung des selbstbestimmten Lebens zu unterstützen.

Die *Koordinierung der Akteure und Angebote vor Ort* ist in vielen nationalen Programmen ein Schwerpunkt. Ziel der französischen „MAIA“ ist es beispielsweise, eine integrierte

¹⁸ unter Seniorinnen und Senioren oder generationenübergreifend

Dienstleistungserbringung für Demenzerkrankte vor Ort zu gestalten, die von Fallmanagern (*gestionnaires de cas*) koordiniert wird. Das europäische Projekt HELPS sucht auf europäischer Ebene nach neuen Formen der Kooperation zwischen Städten, Hauseigentümern, sozialen Einrichtungen, Pflegediensten sowie zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Quartieren.

Weiterhin spielen *Information und Beratung vor Ort* für ältere Menschen und ihre Angehörigen eine wichtige Rolle. Das britische Programm „OneStop“ ist ein unabhängiges Informations- und Beratungsangebot für ältere Menschen und ihre Angehörigen zu den Themen Wohnen, Pflege und Unterstützungsleistungen. Das Angebot umfasst eine zentrale Telefonhotline und lokale Beratungszentren vor Ort. In Dänemark wurde eine Beratungsstelle für gemeinschaftliches Wohnen eingerichtet, die ältere Menschen bei Planung, Aufbau und Gründung von Wohngemeinschaften berät.

Zudem beschäftigen sich die Staaten mit dem *Einsatz technischer Hilfsmittel* zur häuslichen Unterstützung älterer Menschen (bspw. Sturzprävention) und zur Entlastung des Pflegepersonals.

Insgesamt machen die Konsequenzen des demografischen und sozialen Wandels europaweit die Entwicklung neuer Wohnformen nötig, die dem Wunsch älterer Menschen nach Leben in vertrauter Umgebung im Alter Rechnung tragen. Dabei gilt es zu beachten, dass ältere Menschen keine homogene Gruppe sind, sondern sich in Bezug auf ihre Bedürfnisse, Interessen, Lebensstile, aber auch ihre finanziellen Möglichkeiten unterscheiden. Daher sind *differenzierte und flexible Angebote* nötig, die z.B. auch den Bedürfnissen der wachsenden Gruppe älterer Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Behinderung Rechnung tragen. Herausforderungen für die Mitgliedsstaaten liegen zudem in der *Prävention von sozialer Isolation und Einsamkeit im Alter* bei einer steigenden Anzahl von älteren Alleinstehenden und Ein-Personen-Haushalten. Zentrale Anlaufpunkte im Quartier, Besuchsdienste, Wohngemeinschaften, und generationenübergreifende Wohnkonzepte können hier Ansatzpunkte sein. Eine weitere Herausforderung liegt in der *Zugänglichkeit der Angebote* bei sinkenden Alterseinkommen und Kürzungen staatlicher Leistungen. Schließlich stellt auch die *Entwicklung adäquater Konzepte für den ländlichen Raum* viele Mitgliedsstaaten vor Herausforderungen. Zunehmende Alterung und Abwanderung verwandtschaftlicher Hilfemöglichkeiten verlangen hier besonders dringlich neue Lösungsmodelle (Andersen 2008, CECODHAS 2009).

6 Literaturverzeichnis

- Age-Stiftung** (Hrsg.) (2011): Wohnformen für die Generationen 50 plus in Dänemark, http://www.age-stiftung.ch/fileadmin/user_upload/Downloads/DK_50plus_web_01.pdf (Abruf: 15.6.2012).
- Andersen, Henning** (u.a.) (Hrsg.) (2008): Trends in Housing for Older People - Conference Report, <http://www.kab-bolig.dk> (Abruf: 15.6.2012).
- Angelini, Viloa/Laferrère, Anne** (2008): Home, Houses and Residential Mobility, in: Börsch-Supan, Axel (u.a.) (Hrsg.): First Results from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (2004-2007), Mannheim, S. 99-107.
- Ageing better in Europe** (2011): The Challenge of Ageing: Cooperation in Action, http://www.europa.steiermark.at/cms/dokumente/11560703_2950520/061b1aec/the_challenge_of_ageing_cooperation_in_action_A4.pdf (Abruf: 15.6.2012).
- BFW – Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen** (2007): Wohnen im Alter. Eine Zukunftsaufgabe der europäischen Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, <http://www.uepc.org/documents/en/uepc-docs-15.pdf> (Abruf: 15.6.2012).
- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** (Hrsg.) (2011): Wohnen im Alter. Marktprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf, Berlin.
- CECODHAS Housing Europe** (2009): Housing and Ageing in the European Union, http://www.housingeurope.eu/www.housingeurope.eu/uploads/file_/Ageing%20web.pdf (Abruf: 15.6.2012).
- Cambridge Center for Housing Research** (2012): Evaluation of the FirstStop information and advice service for older people, their families and carers - summary report <http://www.firststopcareadvice.org.uk/downloads/news/New%20evaluation%20summary%20APRIL%202012.pdf> (Abruf: 15.6.2012).
- COM – European Commission** (2011): Demography Report 2010. Commission staff working document, Luxembourg.
- Department for Communities and Local Government/Department of Health/Department for Work and Pensions** (2008): Lifetime Homes, Lifetime Neighbourhoods. A National Strategy for Housing in an Ageing Society, <http://www.communities.gov.uk/documents/housing/pdf/lifetimehomes.pdf> (Abruf: 15.6.2012).
- Department for Communities and Local Government** (2011): Laying the Foundations: A Housing Strategy for England, <http://www.communities.gov.uk/documents/housing/pdf/2033676.pdf> (Abruf: 15.6.2012).
- Department for Communities and Local Government** (2012): National Evaluation of the Handyperson Programme, <http://www.communities.gov.uk/publications/housing/evaluationhandypersonprog> (Abruf: 15.6.2012).
- Duus, Susanne** (2011): Der dänische Public Welfare Technology (PWT)-Fond – strategische Investitionen in öffentliche Wohlfahrtstechnik, in: Angermann, Annette: Eldercare Services in Europa – Pflege, familienunterstützende und haushaltsnahe Dienstleistungen für ältere Menschen, <http://www.beobachtungsstelle->

- gesellschaftspolitik.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Veroeffentlichungen/Dokumentation_09_11_Eldercare_Services_in_Europa_BEO_3.pdf (Abruf: 15.6.2012).
- Eurobarometer** (2008): Family life and the needs of an ageing population. Flash EB Series #247, http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_247_en.pdf (Abruf: 15.6.2012).
- Eurostat** (2011): Active ageing and solidarity between generations. A statistical portrait of the European Union, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-EP-11-001/EN/KS-EP-11-001-EN.PDF (Abruf: 15.6.2012).
- Franco, Alain** (2010): Rapport de la mission „Vivre chez soi“, http://travail-emploi.gouv.fr/IMG/pdf/Rapport_Vivre_chez_soi.pdf (Abruf: 15.6.2012)
- Gallouj, Camal/Gallouj, Karim** (2008): Auf Kurs in Richtung liberal-residualer Wohlfahrtsstaat?. In: Schubert, Klaus/Hegelich, Simon/Bazant, Ursula (Hrsg.): Europäische Wohlfahrtssysteme: Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 207-238.
- Green-Pedersen, Christoffer/Baggesen Klitgaard Michael** (2008): Im Spannungsfeld von wirtschaftlichen Sachzwängen und öffentlichem Konservatismus: Das dänische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/Hegelich, Simon/Bazant, Ursula (Hrsg.): Europäische Wohlfahrtssysteme: Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 149-168.
- Haberkern, Klaus** (2009): Pflege in Europa. Familie und Wohlfahrtsstaat. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- ISA – Integrated Service Areas** (2012): Nationaler Kontext: Niederlande, http://www.isa-platform.eu/fileadmin/user_upload/PDF/context/Niederlande.pdf (Abruf: 15.6.2012).
- Kahler, Barbara** (2010): Wohnen im Alter, in: NDV September 2010, S. 390-397.
- Kangas, Olli/Saari, Juho** (2008): Krisenbewältigung mit Langzeitfolgen? Der finnische Wohlfahrtsstaat. In: Schubert, Klaus/Hegelich, Simon/Bazant, Ursula (Hrsg.): Europäische Wohlfahrtssysteme: Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 239-262.
- Kohli, Martin/Künemund, Harald/Vogel, Claudia** (2008): Staying or Moving? Housing and Residential Mobility, in: Börsch-Supan, Axel (u.a.) (Hrsg.): First Results from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (2004-2007), Mannheim, S. 108-114.
- KOM – Europäische Kommission** (2010a): EUROPA 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Mitteilung der Europäischen Kommission, KOM (2010) 2020 endgültig, Brüssel.
- KOM – Europäische Kommission** (2010b): Eine Digitale Agenda für Europa. Mitteilung der Kommission, KOM(2010) 245 endgültig/2, Brüssel.
- KOM – Europäische Kommission** (2010c): Erste Zwischenbewertung des gemeinsamen Programms „Umgebungsunterstütztes Leben“ (AAL JP). Bericht der Kommission, KOM(2010) 0763 endgültig, Brüssel.
- Linz, Kathrin/Stula, Sabrina** (2011a): Bulletin Europäische Seniorenpolitiken. Webseite der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa. Onlineausgabe 1/2011, <http://www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/bulletin-europaeische-seniorenpolitiken.html> (Abruf: 15.6.2012).

- Linz, Kathrin/Stula, Sabrina** (2011b): Bulletin Europäische Seniorenpolitiken. Webseite der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa. Onlineausgabe 2/2011, <http://www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/bulletin-europaeische-seniorenpolitiken.html> (Abruf: 15.6.2012).
- Mai, Ralf/Micheel, Frank, Naderi, Robert, Roloff, Juliane** (2007): Chancen erkennen und nutzen. Alternde Gesellschaften im internationalen Vergleich, Wiesbaden.
- Mau, Steffen/Verwiebe, Roland/Präg, Patrick** 2009: Lebensqualität. In: Mau, Steffen/Verwiebe, Roland: Die Sozialstruktur Europas. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 205-213.
- Michell-Auli, Peter/Kremer-Preiss Ursula/Sowinski, Christine** (2010): Akteure im Quartier. Füreinander und Miteinander. In: Pro Alter, Ausgabe 05/06, November/Dezember 2010, Jahrgang 42, S. 30ff.
- Ministère délégué à la Sécurité sociale, aux Personnes âgées, aux Personnes handicapées et à la Famille** (2006): Plan solidarité grand âge 2007/2012, http://www.cnsa.fr/IMG/pdf/plan_solidarite_grand_age.pdf (Abruf: 15.6.2012).
- Ministry of Social Affairs and Health** (2008): National Framework for high quality services for older people, http://www.stm.fi/c/document_library/get_file?folderId=39503&name=DLFE-6710.pdf (Abruf: 15.6.2012).
- Mitton, Lavinia** (2008) Vermarktlichung zwischen Thatcher und New Labour: Das britische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/Hegelich, Simon/Bazant, Ursula (Hrsg.): Europäische Wohlfahrtssysteme: Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 236-284.
- Nederlands Instituut voor Zorg en Welzijn/Nederlands Platform voor Ouderen en Europa** (Hrsg.) (2002): Factsheet Senior Citizens in the Netherlands, Utrecht.
- Présidence de la république** (2011): Table ronde de M. le Président de la république consacrée au bilan du plan Alzheimer 2008-2012 après 3 ans de mise en oeuvre. http://www.elysee.fr/president/root/bank_objects/110222table ronde bilan Plan Alzheimer.pdf (Abruf: 15.6.2012).
- Prime Minister's Office Finland** (2009): Ageing report. Overall assessment of the effects of ageing and the adequacy of preparation for demographic changes <http://vnk.fi/julkaisukansio/2009/j01-ikaantymisraportti-i04-ageing-report/pdf/en265431.pdf> (Abruf: 16.5.2012).
- Seifert, Alexander/Schelling, Hans Rudolf** (2011): Datenlage im Bereich "Wohnen im Alter". Kurzbericht zur Datenrecherche des Zentrums für Gerontologie im Auftrag der Age Stiftung. http://www.zfg.uzh.ch/projekt/wohnen-daten/Kurzbericht_DatenlageWohnenimAlter.pdf (Abruf: 15.6.2012).
- University of Sheffield** (Hrsg.) (2011): Futurage. A roadmap for ageing research, <http://futurage.group.shef.ac.uk/assets/files/Final%20road%20map/FUTURAGE%20A%20Road%20Map%20for%20European%20Ageing%20Research%20-%20October%202011.pdf> (Abruf: 15.6.2012).
- 4LeafClover** Qualitätsmodell Seniorendienstleistungen (2009): Challenges of the senior service sector in Europe. Country profiles, <http://senior-service-sector.eu:8180/opencms/export/sites/default/4LC/en/Results/NationalReports/WP2TransantionalReportChallengesENG.pdf> (Abruf: 15.6.2012).